

Nach Koalitionsbruch: Den Haag geht wieder auf Sparflamme

Viel bleibt liegen: Umwelt-, Haushalts-, Wohnpolitik

sno. FRANKFURT. Nach dem Bruch der Koalition geht die Politik in Den Haag ein weiteres Mal auf Sparflamme. Schon nach dem Rücktritt Anfang 2021 regierte ein geschäftsführendes Kabinett rund ein Jahr lang das Land. Im Tagesgeschehen machte das kaum einen Unterschied. Aber Richtungsentscheidungen fallen in der Regel nicht mehr. Diese Art der Politik steht nun wieder monatelang an, denn eine Neuwahl kann nach Angaben des Wahlrats aus juristischen und logistischen Gründen frühestens Mitte November stattfinden, und anschließende Koalitionsverhandlungen könnten sich wieder lange hinziehen. Im Blickpunkt stehen beispielsweise die Umwelt-, Agrar- und Wohnungsbaupolitik – sowie haushaltspolitische Fragen vor der Eröffnung des neuen Parlamentsjahrs im September. Die Regierung kann das laufende Geschäft weiterbetreiben, trifft aber den politischen Usancen gemäß keine großen Entscheidungen – mit Blick darauf, dass der Wähler einer neuen Regierung erst das Mandat verleihen soll. Solange das Parlament zustimmt, sind Ausnahmen möglich.

Die Koalition war anlässlich des Streits über die Einwanderungs- und Asylpolitik zerbrochen: Ministerpräsident Mark Rutte gab am Freitagabend bekannt, die Unterschiede unter den vier Koalitionsparteien in der Migrationspolitik seien „unüberbrückbar“. Rutes rechtsliberale Partei VVD hatte gefordert, den Familiennachzug von Kriegsflüchtlings zu beschränken, die sich schon im Land aufhalten. Zwei der Koalitionspartner lehnten das ab: die linksliberale Partner D66 und die christlich orientierte Christenunion, die den Wert „Familie“ als zentral in ihrem Programm sieht. Vierte Partei in dem Bündnis ist der Christdemokratische Aufruf (CDA). Über die Flüchtlingspolitik hatte die Koalition monatelang verhandelt, in den letzten Tagen vor dem Zerbrechen war die Spannung immer weiter gewachsen. Manche vermuten, Rutte habe durch eine rigide Haltung aus Machtinstinkt den Bruch provoziert – weil sich im anstehenden Wahlkampf gut verkaufen lassen könnte, dass er sich hart im Thema Einwanderung zeigt. Denn auf konservativer Seite hat die VVD zunehmend Konkurrenz, seit die Bauernpartei BBB unter ihrer Chefkin Caroline van der Plas bei Wahlen zum Senat im März zur größten Partei avancierte.

Zu den derzeitigen Kernthemen zählt die Beschränkung der Emission von Stickstoffverbindungen – mit gravierenden potentiellen Konsequenzen für Landwirte, was ein Grund für den

jüngsten Erfolg der BBB war. Als „chancenlos“ bezeichnet die Wirtschaftszeitung „Het Financieele Dagblad“ nun den Plan, das Gesetz so anzupassen, dass sich der Ausstoß an Stickstoffverbindungen schon bis 2030 statt 2035 halbiere. D66 wollte daran festhalten, während der CDA neu verhandeln wollte, nachdem er viele seiner traditionellen Wähler aus der Landwirtschaft an die BBB verloren hatte. Ebenso könnten Reformen für den Wohnungsmarkt nun auf Eis liegen.

Am dritten Dienstag im September ist traditionell „Prinsjesdag“, an dem der König das neue Parlamentsjahr eröffnet und in der „Thronrede“ die Pläne der Regierung vorliest. Hier zeichnet sich nun eine Lage wie schon 2021 ab. Im Januar jenes Jahres war die damalige Regierung – die dritte unter Rutes Führung – nach einer Behördenaffäre zurückgetreten, nur zwei Monate vor der plangemäß anstehenden Wahl. Koalitionsverhandlungen zogen sich so lange hin wie nie; und Rekord war auch die Periode, in der eine geschäftsführende Regierung im Amt war. Folge für den Prinsjesdag: Die Regierung sprach von einem Haushalt, der das Land behelfsweise am Laufen halten soll – auch wenn sie durchaus noch Sonderausgaben für dringliche Themen vorsah, wie die Wohnungskrise, das Klima und den Kampf gegen das Verbrechen, der wegen des Mords an dem prominenten Journalisten Peter de Vries plötzlich aktuell geworden war. Richtungsweisende haushaltspolitische Beschlüsse schob man hingegen auf.

Im vergangenen Jahr, unter einer wieder regulären Regierung, stand der Haushalt ganz im Zeichen der Absicht, die Kaufkraft zu steigern – als Ausgleich für den Kaufkraftverlust, der durch die hohe Inflation entstanden war. Auswirkungen auf die inländische Kaufkraft spielen in den Niederlanden generell eine größere Rolle in der fiskalpolitischen Debatte als in Deutschland. In diesem Jahr dürfte wiederum die Frage nach Unterstützung für den Bürger stehen. Mit Zustimmung des Parlaments kann eine geschäftsführende Regierung auch grundsätzliche und einschneidende Beschlüsse fassen. Die Zeitung „de Volkskrant“ wies am Wochenende darauf hin, Rutes erstes Kabinett habe im Jahr 2012 Tage nach seinem Fall mithilfe der Opposition ein umfangreiches Sparpaket beschlossen, weil das Haushaltsdefizit aus dem Ruder gelaufen sei. Die Niederlande sind die fünfgrößte Volkswirtschaft der EU und gehören zu den vier wichtigsten Handelspartnern Deutschlands.

Kostenschock für viele Türken

Regierung erhöht Steuer und Gebühren deutlich

ami. WIEN. Die überraschende Ankündigung von Steuer- und Gebührenerhöhungen in der Türkei hat zu kilometerlangen Staus an der Grenze nach Georgien und Aserbaidschan geführt. Lokale Medien zeigen Bilder von Menschen, die schnell noch ein günstiges Smartphone kaufen wollen. Denn in der Türkei sind Smartphones wegen der hohen Steuern oft doppelt so teuer wie im Ausland.

Allerdings dürfen aus dem Ausland mitgebrachte Modelle nur 120 Tage lang mit einer türkischen SIM-Karte ohne Registrierung bei den türkischen Behörden betrieben werden. Dafür wird eine Anmeldegebühr fällig, die seit Januar 6091 Lira kostet – doppelt so hoch wie noch vor der Preiserhöhung. Am Wochenende wurde die Anmeldegebühr nun noch mal um 228 Prozent auf 20.000 Lira erhöht. Das sind umgerechnet etwa 700 Euro – oder fast das Doppelte des Mindestmonatslohnes, der am 1. Juli auf 398 Euro angehoben wurde. Die Website, auf der die Mobiltelefone registriert werden, war laut lokalen Berichten überlastet.

Die am Freitag im Amtsblatt verkündete Erhöhung ist Teil eines größeren Steuererhöhungspaketes, das alle Verbraucher trifft. Denn die Mehrwertsteuersätze werden um zwei Punkte angehoben. Der reduzierte Satz, etwa für Grundnahrungsmittel und Dinge des täglichen Bedarfs, beträgt damit nun zehn Prozent, der für alle anderen Güter 20 Prozent. Die Gebühren für manche Verwaltungsdienstleistungen wurden um 50 Prozent erhöht, eine Bankversicherungs- und Transaktionssteuer auf Verbraucherkredite steigt von 10 auf 15 Prozent.

Zuvor hatte die Regierung einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, dem zufolge die Körperschaftsteuer von Banken und Finanzinstitutionen um fünf Prozentpunkte auf 30 Prozent und die der übrigen Unternehmen von 20 auf 25 Prozent erhöht werden soll. Exporteuren soll allerdings ein Abschlag von fünf Prozentpunkten gewährt werden. Auch würden die Kfz-Steuern auf Fahrzeuge verdoppelt, die bis Ende des Jahres zugelassen werden. Zudem soll der Präsident ermächtigt werden, Sonderverbrauchsteuern auf diverse Waren

bis um das Fünffache zu erhöhen. Bisher ist das auf 50 Prozent begrenzt.

Die Regierung begründet die Erhöhung mit den hohen Wiederaufbaukosten nach dem Erdbeben im Februar, das 50.000 Menschen den Tod brachte und dessen Schäden auf mehr als 100 Milliarden Dollar beziffert werden. Unter anderem sollen 600.000 Häuser wieder aufgebaut werden. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte vor seiner Wiederwahl im Mai allerdings auch kostenträchtige Wahlgeschenke verteilt. So stieg der Mindestlohn per Juli zum vierten Mal binnen anderthalb Jahren, auch die Beamtengehälter und Pensionen wurden angehoben, Haushalte bekommen Gas in bestimmtem Umfang kostenfrei, auch war bis zu 2 Millionen Arbeitnehmern ein vorzeitiger Renteneintritt ermöglicht worden. Das alles treibt die Ausgaben des Staatshaushalts.

Dieser muss zudem Belastungen in Höhe von Milliarden Dollar stemmen, um die Währungsverluste auszugleichen, die Anleger bei der durch die Regierung veranlasseten Umwidmung von Devisen in Lira-Guthaben hinnehmen mussten. Die Führung der Konten des KKM-Programms – und damit mutmaßlich auch die Kosten dafür – wurde nun vom Finanzministerium an die Notenbank delegiert. Im vorigen Jahr hatte die Regierung zum Ausgleich der Devisenkursverluste knapp 4 Milliarden Dollar bezahlt. Seit Januar hat die Lira zu Dollar und Euro abermals an die 30 Prozent an Wert verloren.

Das türkische Haushaltsdefizit war in den ersten 5 Monaten mit umgerechnet 10,26 Milliarden Dollar mehr als doppelt so groß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die seit Juni amtierende neue Regierung hatte einen Kurs der wirtschaftlichen Konsolidierung und Bekämpfung der Inflation angekündigt, unter anderem hatte die neue Notenbankgouverneurin den Leitzins von 8,5 auf 15 Prozent hochgesetzt. Die Inflation liegt aktuell bei 38,2 Prozent. Ökonomen weisen aber darauf hin, dass die mit den Steuererhöhungen einhergehenden Preissteigerungen zu einem weiteren Anstieg der Lebenshaltungskosten führen dürften.



Nächste Großbaustelle „Sanieren“: Wo fängt man am besten an – bei einzelnen Einfamilienhäusern oder bei weiter ausgreifenden Konzepten?

Foto Mauritius

„Das käme einer kalten Enteignung gleich“

Kostspielige Luftwärmepumpen, verfehlte Sanierungspläne: Der Regierung fehlt bei der Wärmewende soziale Sensibilität, kritisiert Bauexpertin Lamia Messari-Becker. Und noch etwas anderes bereitet ihr Sorgen.

Das Heizungsgesetz polarisiert extrem. Was halten Sie von der finalen Form, die nun beschlossen werden soll?

Erstmal: Das Verfahren, wie dieses Gesetz von der Regierung durchgeboxt wurde, war mehr als grenzwertig. Wenn der Eindruck entsteht, dass Expertenanhörungen nur noch pro forma stattfinden, schadet das der Demokratie. Das Bundesverfassungsgericht hat da zurecht ein Stoppschild gesetzt. Das ist zugleich eine Chance, das Gesetz in einem Guss mit der kommunalen Wärmeplanung und der Förderkulisse abzustimmen und zu verabschieden. Inhaltlich ist das Gesetz gegenüber dem Entwurf ja deutlich besser geworden. Es ist jetzt tatsächlich technologieoffen. Ich halte es aber immer noch für zu kompliziert und zu kleinteilig. Ein weiteres Manko ist, dass das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung erst später fertig wird. Und die Höhe der Förderung sollte von der CO₂-Minderung abhängen, nicht nur von den Kosten des Heizungsaustauschs. Das wäre sowohl für das Klima als auch für den Haushalt besser.

Zu welcher klimafreundlichen Technik raten Sie Eigentümern eines mittelmäßig gedämmten Einfamilienhauses?

Ein Ingenieursgrundsatz lautet: Verliebe dich nie in ein bestimmtes Gerät oder eine bestimmte Technik. Das gilt auch beim Thema Heizungsmo- dernisierung. Jedes Haus ist anders, da sind keine pauschalen Ratschläge möglich. Aber vielleicht ein paar Anregungen: Man sollte alle Optionen prüfen lassen, etwa Wärmepumpen, Bioenergie oder Fernwärme. Und wenn sinnvoll möglich, mit Solarenergie kombinieren. Wenn eine Wärmepumpe eine Option ist, würde ich immer prüfen, ob eine Bohrung für Erdwärme möglich ist. Das ist zwar teurer als eine Luftwärmepumpe, aber stabiler und effizienter. Es ist auch ratsam, die Abwärme zu nutzen, die ein Haushalt produziert, zum Beispiel mit einem Wärmetauscher. Und man sollte immer versuchen, den Energiebedarf eines Hauses zu senken. Sonst können gerade Luftwärmepumpen bei den jetzigen Strompreisen schnell zur Kostenfalle werden.

Bevor Hauseigentümer in die Pflicht genommen werden, sollen die Kommunen klimafreundliche Wärmenetze planen. Können die das überhaupt in Zeiten knapper Kassen und fehlenden Personals?

Die Wärmewende ist eine Infrastrukturwende. Die darf nicht davon abhängen, wie viele Einwohner eine Kommune hat und wie sie finanziell dasteht. Da darf es keine Brüche geben, das müssen Bund und Länder sicherstellen. Die Landesenergieagenturen sollten regionale Zielstellungen bekommen, um die Prozesse zu begleiten. Sinnvoll wäre auch, wenn nicht jede Kommune separat vor sich hin plant, sondern sie zusammenarbeiten. Die größere Herausforderung wird aber die Umsetzung sein.

Wie teuer wird das?

Wärmepläne zu erstellen wird deutschlandweit vielleicht einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Die Transformation der Wärmenetze wird einen dreistelligen Milliardenbetrag kosten. Ich hoffe mit Blick auf die nächsten Generationen sehr, dass dieser nicht allein über Schulden finanziert wird.

Der Anteil der Fernwärme soll deutlich steigen. Oft ist die aber relativ teuer. Bürger wehren sich gegen Anschlusszwänge. Geht der Heizungsstreit weiter?

Fernwärme braucht Regulierung, ganz klar. Die Anbieter müssen ihre Kalkulatio-

nen offenlegen, das muss kontrolliert werden. Da wird auch das Bundeskartellamt noch eine wichtigere Rolle spielen müssen. Was mir aber mehr Sorgen bereitet, ist die Art und Weise, wie Fernwärme grün werden soll. Die geplanten Übergangsfristen sind extrem knapp. Neue Wärmenetze sollen spätestens bis 2034 zu 65 Prozent erneuerbare Wärme liefern. Das wird nicht funktionieren. Und wir brauchen auch hier weniger Technologieskepsis. Die Gasinfrastruktur in Deutschland ist ungefähr 370 Milliarden Euro wert. Die nicht weiter zu nutzen wäre volkswirtschaftlicher Irrsinn. Wir brauchen also eine Perspektive auch für Biogas und Wasserstoff.

regere werden. Sollte die Bundesregierung versuchen, diese zu verhindern?

Grundsätzlich ist der Gedanke, dass Häuser weniger Energie verbrauchen sollten, richtig. Und dass bei Häusern der schlechtesten Effizienzklassen besonders viel zu holen ist, auch. Aber wir müssen auch hier wieder differenziert vorgehen. Bei den Häusern, die in Deutschland von den Plänen betroffen wären, handelt es sich zu über 25 Prozent um ältere Einfamilienhäuser, oft im ländlichen Raum. In vielen Fällen würden bei den heutigen Baupreisen die Sanierungskosten den Wert dieser Häuser übersteigen. Ich mag das Wort nicht, aber das käme einer kalten Enteignung gleich. Deshalb begrüße ich jeden Versuch, diesen Ansatz mit Einzelgebäude-Fokus zu stoppen.

Kritiker sagen, die Regierung hätte sich das Heizungsgesetz sparen und stattdessen den CO₂-Preis deutlich erhöhen sollen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Die Idee ist nicht abwegig. Von 2027 an, wenn die nächste Stufe des EU-Emissionshandels greift und den Wärmesektor umfasst, wird der CO₂-Preis ohnehin deutlich steigen. Auch das ist letztlich Ordnungsgerecht, weil die Anzahl der Emissionszertifikate politisch begrenzt wird. Wie teuer das Heizen mit fossilen Brennstoffen dadurch wird, lässt sich heute schwer abschätzen. Im Moment bauen die Leute in einer Panikreaktion neue Gas- und Ölheizungen ein, ohne zu wissen, was auf sie zukommt. Aber man könnte schon mal die KfW-Förderung reformieren und etwa an der CO₂-Minderung und der CO₂-Preisdynamik ausrichten.

Was war aus Ihrer Sicht – neben der Eile – der größte Fehler beim Gebäudeenergiegesetz?

Die Regierung wollte den kürzesten Weg gehen. Aber der kürzeste Weg zu mehr Klimaschutz ist meist der sozial kälteste. Die Politik muss mehr soziale Sensibilität entwickeln. Die soziale Frage muss und von Anfang an inhärent mitbeantwortet werden, die darf nicht erst dann kommen, wenn ein Gesetz quasi schon beschlossene Sache ist. Ich sehe mit Sorge, dass auf EU-Ebene jetzt Sanierungspflichten geplant werden. Das wird eine zusätzliche Belastung für die Hauseigentümer. Man muss im Vorfeld sozial differenzieren und technisch offen agieren.

Die geplanten EU-Sanierungspflichten für Häuser könnten der nächste teure Auf-

regere werden. Sollte die Bundesregierung versuchen, diese zu verhindern?

Grundsätzlich ist der Gedanke, dass Häuser weniger Energie verbrauchen sollten, richtig. Und dass bei Häusern der schlechtesten Effizienzklassen besonders viel zu holen ist, auch. Aber wir müssen auch hier wieder differenziert vorgehen. Bei den Häusern, die in Deutschland von den Plänen betroffen wären, handelt es sich zu über 25 Prozent um ältere Einfamilienhäuser, oft im ländlichen Raum. In vielen Fällen würden bei den heutigen Baupreisen die Sanierungskosten den Wert dieser Häuser übersteigen. Ich mag das Wort nicht, aber das käme einer kalten Enteignung gleich. Deshalb begrüße ich jeden Versuch, diesen Ansatz mit Einzelgebäude-Fokus zu stoppen.

Was wäre die Alternative?

Groß-Mehrfamilienhäuser lassen sich durch serielles Sanieren gut und schneller auf Vordermann bringen. Das ist effizienter, als lauter Einfamilienhäuser einzeln zu sanieren. Wir sollten auch stärker in Quartieren denken. Vielleicht lassen sich vor Ort bei Bürogebäuden, Gewerbetrieben oder öffentlichen Gebäuden einfacher Einsparungen erzielen oder erneuerbare Energien gewinnen. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir sollten nicht den Fehler machen, ihn nach starren Regeln auf die Bürger abzuwälzen. Das wird die Menschen überfordern und nur die politischen Ränder stärken.

Sie kritisieren seit Längerem, wie die Klimaschutzdebatte in Deutschland geführt wird, und dass sich Wissenschaft und Aktivismus oft zu sehr vermischen. Was stört Sie konkret?

Ich kritisiere die Art der Klimaschutzdebatte und ihre Folgen. Hier treten immer wieder dieselben Akteure auf, die ihre Problemanalyse und zugleich vermeintlich einfache Lösungen präsentieren. Sie erzählen uns, wie wir bauen, heizen, essen, uns fortbewegen sollen und so weiter. Diese Klarheit in der Ableitung aus der Analyse gibt es so aber nicht. Verstehen Sie mich nicht falsch: Eine wissenschaftsbasierte Politikberatung ist extrem wichtig. Sie braucht die klare Analyse von Experten, aber auch die Vielfalt bei der Bewertung der Szenarien und der Handlungsoptionen. Die Politik sollte also die Positionen von Energiewis-

senschaftlern, Ingenieuren, Ökonomen und Sozialwissenschaftlern hören. Sonst ist die Gefahr sehr groß, dass politische Initiativen zu kurz greifen oder zu einseitig sind.

Klimaaktivisten sagen, mit politischen Kompromissen komme man nicht gegen die Klimakrise an. Sie fordern Bürger- oder Expertenräte mit Vetorechten.

Und das ist grundfalsch. Kompromisse schaffen soziale Akzeptanz und damit Geschwindigkeit in der Breite. Solange wir in einer Demokratie leben, ist der Fortschritt immer ein Kompromiss. Wer das nicht akzeptieren will, der sollte nicht versuchen, mit der Forderung nach einem Vetorecht für Expertenräte eine Paralleldemokratie aufzubauen. Wer glaubt, dass der Klimaschutz gestärkt wird, wenn Experten, die nicht vom Volk gewählt sind, ein Vetorecht bekommen, der irrt gewaltig. Beteiligung ist ein wichtiger Bestandteil gelebter Demokratie, aber Räte, egal wie sie heißen, mit Vetorecht im Parlament haben in Demokratien nichts zu suchen. Sie schwächen die Bedeutung von Wählerstimmen und höhnen damit die Verfassung aus. Dass die Steuerzahler dafür auch noch zahlen sollen, geht gar nicht.

Aber was, wenn die Mehrheit der Bürger keinen Klimaschutz will, zum Beispiel, weil er teuer ist?

Ich denke, dass die Akzeptanz für Klimaschutz in Deutschland hoch ist. Nur die Methoden kommen nicht gut an. Die Menschen haben das Gefühl, es geht nur noch in eine Richtung, in eine Technologie. All electric, alles mit Strom, sowohl beim Heizen als auch beim Autofahren. Und das bittet ganz schnell. Die Politik muss viel mehr kommunizieren, auch Streit und Debatte aushalten. So wie beim Gebäudeenergiegesetz. Die erste Fassung war quasi ein Wärmepumpengesetz, mit Wärmepumpengipfel begleitet. Das hat sich geändert. Es war nur leider eine nicht besonders gut organisierte Debatte. Die politische Konstellation ist eigentlich ideal: die SPD für die soziale Gerechtigkeit, die Grünen für einen ambitionierten Klimaschutz, die FDP für Finanzierbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit – da ließe sich schon viel bewegen.

Wird die Deutschland 2045 tatsächlich klimaneutral sein?

Mit den Instrumenten von heute wird das kaum zu schaffen sein. Wir konzentrieren uns zu sehr auf einzelne Personen, Häuser, Heizungen, Autos, Betriebe. Was wir brauchen, ist ein systemischer vernetzter Ansatz. Zum Beispiel, dass wir eine Kreislaufwirtschaft im Bau etablieren und eben nicht nur auf die Heizung fokussieren. Zum Beispiel, dass ein Wohnquartier seinen überschüssigen Solarstrom an einen Industriebetrieb liefert, der daraus Wasserstoff macht, mit dem produziert oder im Winter geheizt werden kann. Heute können Industriebetriebe teils nicht mal ihre Abwärme auf die andere Straßenseite liefern, weil eine Gemarkungsgrenze dazwischen liegt. Aktuell überwiegt der Eindruck, dem Klimawandel könne man nur durch Verzicht und Moral begegnen. Da muss man sich über Widerstand nicht wundern. Der Wandel wird nur gelingen, wenn die Menschen die Veränderungen als positiv empfinden. Das Gute ist und nach vorn geblickt: Ich habe das Gefühl, dass wir jetzt endlich ins Handeln kommen. Und wenn wir das mit der ganzen Breite der Gesellschaft und der Ideen angehen, werden wir auch viel bewirken.

Das Gespräch führten **Julia Löhr** und **Johannes Pennekamp**.

Zur Person

Lamia Messari-Becker, gebürtige Marokkanerin (1973), ist Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen. Die Bauingenieurin promovierte über CO₂-Zertifikate und energetische Sanierung im Gebäudesektor. Sie gehört dem Club of Rome an und war Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen.



Lamia Messari-Becker Foto Astrid Eckert